

Ressort: Politik

Grüne wollen Überprüfung von Maklergebühren für Immobilienkäufer

Berlin, 12.09.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die Grünen im Deutschen Bundestag wollen die Höhe der Maklergebühren kartellrechtlich überprüfen lassen. Die Bundestagsfraktion hat dazu einen Brief an Kartellamtspräsident Andreas Mundt verfasst.

"Wir wenden uns mit diesem Schreiben an Sie, weil wir Sie um eine Einschätzung bitten möchten, ob ein Marktversagen in den entsprechenden Regionen festzustellen ist und wie Sie die Entwicklung der Maklergebühren in den vergangenen Jahren bewerten", heißt es in dem Schreiben, über das die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Mittwochausgaben berichten. Der Markt für Maklergebühren unterliege einer "erheblichen Asymmetrie zwischen der Marktmacht der Immobilienmakler und den Käufern von Immobilien", so die Grünen weiter. "Insbesondere in Ballungsräumen mit hohen Preissteigerungen für Immobilienwerte herrscht unserer Einschätzung nach kein funktionierender Preiswettbewerb bei Maklergebühren im Zusammenhang mit dem Kauf bzw. dem Verkauf von Immobilien", heißt es in dem Brief. "Es kann nicht sein, dass Menschen auf der Suche nach den eigenen vier Wänden absurd hohe Maklergebühren abverlangt werden", sagte Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt dem RND. "Wohnraumsuchende müssen erhebliche Lasten tragen, nur weil sie am kürzeren Hebel, sitzen und Makler in kartellähnlichen Strukturen ihre eigenen Gebühren festsetzen. Es ist höchste Zeit, dass die Berechnung von Maklergebühren kartellrechtlich geprüft wird", fügte Göring-Eckardt hinzu. "Die Höhe der deutschen Maklergebühren liegt weit über dem europäischen Durchschnitt und ist in Zeiten, in denen die meisten Käufer ihre Immobilie sowieso selbst über Internetplattformen finden, durch nichts zu rechtfertigen", sagte der wohnungspolitische Sprecher der Fraktion, Chris Kühn. "Die Abzocke von Immobilienkäufern durch überzogene Maklergebühren muss beendet werden, das würde mehr Menschen in die eigenen vier Wände bringen als das überflüssige und teure Baukindergeld."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111718/gruene-wollen-ueberpruefung-von-maklergebuehren-fuer-immobilienkaeufer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619